

**Paritätischer: Kitas in der Pandemie besser unterstützen
Evangelische Kindergärten kritisieren "Ansagen" der Politik**

Hamburg/Bremen (epd). Die Kindertagesstätten in Deutschland werden nach Ansicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von Bund und Ländern nicht genug dabei unterstützt, in der Corona-Pandemie die Betreuung zuverlässig zu sichern. "Bislang sind keine tragfähigen Konzepte umgesetzt worden", heißt es in einem Brief des Verbandes an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD), der auch an alle Ministerpräsidenten ging, wie das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" vorab berichtete. Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder forderte unterdessen von der Politik mehr Spielräume und weniger "Ansagen".

Der Paritätische begrüßt in dem Brief zwar, dass die Kindertagesbetreuung weiterläuft, doch die Politik trage die Mitverantwortung dafür, dass "der Schutz von Mitarbeitern und Kindern gewährleistet sein muss", schreibt Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Trotz gegenteiliger Beteuerung gebe es vielfach keine stringente und realisierbare Teststrategie.

Die Kitas müssten "umfassende und verbindliche Unterstützung" durch den öffentlichen Gesundheitsdienst erhalten, so Schneider. Auch sollten ihnen Mittel zur Verbesserung des Infektionsschutzes in den Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Zugleich müsse das Personal so aufgestockt werden, "dass der Mehraufwand und die Ausfälle" infizierter Erzieherinnen durch die Arbeit unter Corona-Bedingungen verkraftet werden könnten.

Der Vorstandschef der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder, Carsten Schlepper, sagte am Freitag in Bremen dem epd: "Es bleibt eine hohe Belastung für die Fachkräfte, den Kita-Betrieb unter Pandemiebedingungen aufrechtzuerhalten." "Möglicherweise muss eine Frühbetreuung wegfallen, damit wir überhaupt Zeit finden, den jetzt deutlich arbeitsintensiveren Tag zu organisieren", gab der kirchliche Kita-Experte ein Beispiel.

Andererseits sei der Druck einiger Eltern spürbar, die trotz Corona-Krise einen nahezu uneingeschränkten Regelbetrieb forderten, sagte Schlepper. Grundsätzlich müsse vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Frühjahr unbedingt dafür gesorgt werden, dass alle Kinder zumindest zeitweise ihre Kita besuchen könnten, betonte er. Das dürfe nicht nur für Kinder von berufstätigen Eltern gelten. Der Anspruch auf frühe Bildung für alle Kinder habe Vorrang vor der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gleichzeitig werde durch die Krise deutlich, wie sehr das Kita-System auf Kante genäht sei: "Zu wenig qualifiziertes Personal, zu geringe Personalausstattung und aufgrund der Zugehörigkeit zur Risikogruppe nicht einsetzbare Fachkräfte bringen die Kita-Betreuung an den Rand des Möglichen."

Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder ist eine Fachgliederung der Diakonie. Sie vereint 19 Mitgliedsverbände mit bundesweit 9.800 Einrichtungen. Dort arbeiten eigenen Angaben zufolge mehr als 115.000 Beschäftigte für 550.000 Kinder im Alter bis zu zwölf Jahren.

epd db/lnb jup